

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter

Berlag Heinz Jahnbrach, Düsseldorf, Florstra. 7, Tel. 127 92. Druck u. Versand Joh. van Aken, Krefeld, Luth. Kirchstr. 65, Tel. 246 14. Bestellungen durch die Post für den Monat 1.— 9.

Nummer 35

Düsseldorf, den 29. August 1931

Versandort Krefeld

Die Lüge des Kapitalismus

M. Das liberalistische Prinzip der kapitalistischen Wirtschaftsfreiheit umschloß weitgehende wirtschaftliche und soziale Versprechungen. Das ungehemmte freie Spiel der Kräfte in der kapitalistischen Wirtschaft sollte nach der These des ökonomischen Kapitalismus zum Vorteil der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung, zum Nutzen aller Beteiligten und zum Segen der Allgemeinheit sich auswirken. Dem Einzelnen bot es Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeit. Es legte ihm mit dem Versprechen der persönlichen Freiheit und freien Ausübungsmöglichkeit gleichsam den Feldherrnstab in die Wiege und gab ihm Aussicht auf den Erwerb persönlichen Reichtums und die Erlangung hoher und höchster wirtschaftlicher Stellungen. Der Allgemeinheit aber versprach es Wohlstandssteigerung und die Sicherung einer sich fortwährend verbessernden Lebenshaltung. Der frei sich auswirkende Wirtschaftskapitalismus war so, nach der These seiner Begründer, die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme zugleich.

Hat der moderne Wirtschaftskapitalismus in seiner Praxis diese weitgehenden Versprechen erfüllt? Fast schien es, als würde der Optimismus seiner Vorkämpfer restlos durch die Entwicklung bestätigt. Wir haben die Erfolge des Kapitalismus in seiner gewaltigen Steigerung der Wirtschaftstätigkeit bereits an dieser Stelle gewürdigt. Wir haben dabei freilich nicht die Frage gestellt und beantwortet, inwiefern durch diese Entwicklung tatsächlich die Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme erreicht worden ist. Die Antwort darauf ist eine ernende. Wohl hat der moderne Wirtschaftskapitalismus riesige Produktionsmengen geschaffen, wohl hat er eine gewaltige Steigerung der gesamten Produktionsfähigkeit der Welt gebracht; gleichzeitig mit dieser Entwicklung aber hat er die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der ganzen Welt eminent verschärft. Denn nicht eine organisch gesunde Wirtschaftsentwicklung ist seine Folge gewesen, sondern eine gegenwärtig anorganische Wirtschaftsentwicklung voller Mißverhältnisse und Unausgeglichenheiten, wie sie die Betrachtung der wirtschaftlichen Lage in der ganzen Welt zeigt: Reichtum und Ueberschuß an Produktionsmitteln und Gütern auf der einen — Mangel und fehlende Kaufkraft und Nachfrage auf der anderen Seite.

Die Planlosigkeit und Maglosigkeit, mit der die kapitalistische Wirtschaftsentwicklung erfolgte, ist es gewesen, die zu eben jenem Mißverhältnis von Produktion und Absatz, Angebot und Nachfrage geführt hat, unter dem wir heute als tiefste Ursache der allgemeinen Wirtschaftskrise leiden. Sie hat als Folge dieser Entwicklung Millionen von Menschen statt der versprochenen Sicherung ihrer Existenz und Verbesserung ihrer Lebenshaltung aus dem Wirtschaftsprozess ausgeschaltet, sie um Arbeit und Existenz gebracht und wirtschaftlicher und sozialer Not überantwortet. Der soziale Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen Reichtum und Armut ist nicht gemildert, sondern aufs neue verschärft worden.

Dem Einzelnen aber hat der moderne Wirtschaftskapitalismus mit dieser Entwicklung zugleich den Weg zum wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg immer mehr verbaut. Mit der zunehmenden Konzentration, der Vertikalisierung und Kartellierung der Wirtschaft ist das Recht auf Erwerb wirtschaftlichen Reichtums, das Recht der wirtschaftlichen Mitbestimmung und das Recht der Wirtschaftsführung immer mehr Privileg einer kleinen Schicht Bevorzugter und Bevorzugter geworden, die sich streng gegen jedes Eindringen nicht Zugehöriger wehrt, mit Argusaugen über die alleinige Führung ihrer privilegierten Sonderstellung wacht und sich kastenmäßig abgeschlossen hat als Sonderklasse der „Wirtschaftsführer“. Sie beansprucht für sich allein die kapitalistische Ausbeute des wirtschaftlichen Ertrags, Reichtum und Wohlleben; sie nimmt für sich allein das Recht der autoritären Wirtschaftsführung in Anspruch. Immer stärker drängt sie die mit Verdienen-wollenden anderen Schichten — seien es Mittelstand, Handwerk oder Klein-gewerbe — zurück und sucht den Profit in ihren eigenen Händen zu absorbieren. Immer stärker sucht sie damit gleichzeitig auch den wirtschaftspolitischen Einfluß dieser Schichten, ihre wirtschaftliche Mitbestimmung auszu-schalten und die eigene Autokratie an ihre Stelle zu setzen. Immer schärfer „rationalisiert“ sie, rückt die Produktions- und Handlungsunkosten — auf Kosten der Arbeit-nahmer. Immer offener und rücksichtsloser bekämpft sie auch hier jedes Streben nach wirtschaftspolitischem Ein-fluß und jeden Versuch der Mitbestimmung der Arbeit-nahmer in der Wirtschaft. Immer rücksichtsloser erbtlich

Und wieder:

Auflockerung des „Tarif-Zwanges“?

Bereits in der vorigen Nummer unserer Zeitung haben wir die Frage einer Auflockerung des Tarifwesens einer grundsätzlichen Betrachtung unterzogen. Die folgenden Ausführungen stellen eine Fortführung dieser kritischen Betrachtung dar und gehen gleichzeitig nochmals grundsätzlich auf die besonderen lohnpolitischen Verhältnisse in der Textilindustrie ein.

Das deutsche Volk leidet unter einer Wirtschaftskrise von einem Ausmaße, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten nicht mehr gekannt haben. Die mit dieser Krise verbundene Not legt allen Volksschichten schwere Opfer auf. Der Arbeiterschaft sind jedoch besonders schwere Opfer auferlegt. Nicht allein, daß sie seit Jahr und Tag unter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit schwer zu leiden hat, sondern auch dem noch in Arbeit stehenden Teil der Arbeiterschaft ist der Lohn erheblich gekürzt worden. Diese Lohnkürzungen treffen die Arbeiterschaft deshalb besonders schwer, weil in den Kriegs- und Inflationsjahren in den Arbeiterfamilien manche Anschaffungen haben zurück gestellt werden müssen, die unbedingt notwendig waren. Die Nachinflationjahre haben nicht dazu genügt, diese Anschaffungen nachzuholen. Dazu war einmal die Zeit zu kurz und dann hat die Arbeiterschaft, insbesondere auch die Textilarbeitererschaft, 1924 zu hohen Anfangen müssen, die auch damals kaum zum Leben reichten. Daneben ist in der Textilindustrie seit 1924 wiederholt kurzgearbeitet worden.

Trotz ihrer schwierigen Lage hat die Arbeiterschaft immer Verständnis für die Not des Volkes gehabt. Sie hat im letzten Jahre Lohnsenkungen in weitem Ausmaße hinnehmen müssen, wobei die außertariflichen Lohnkürzungen meist noch größer waren als die tariflichen. Es ist bedauerlich, daß die Arbeitgeber die von der Arbeiterschaft getragenen Opfer nicht anerkennen. Es deutet im Gegenteil alles darauf hin, daß der Arbeiterschaft wiederum weitere Opfer auferlegt werden sollen.

Aus scheint man sich zu geneigen, es wiederum in der plumpen Form einer schematischen Lohnsenkung wie im vergangenen Winter zu machen.

Seit einiger Zeit stößt man immer wieder auf das Schlagwort: „Lockerung der Tarifverträge“. Dabei wird selten gesagt, was man sich konkret darunter vorstellt. Angeblich sollen die Tarifverträge zu hart und nicht anpassungsfähig genug sein und nicht die Möglichkeit geben, die Bedürfnisse des Betriebes genügend zu berücksichtigen.

Wer das behauptet, kennt aber den Inhalt der Tarifverträge, wenigstens in der Textilindustrie, nur wenig oder gar nicht. In allen Tarifverträgen der Textilindustrie werden doch nur die Zeillöhne und die Grundlage für die Akkordberechnung geregelt. Die Akkordansetzung selbst geschieht in den einzelnen Betrieben, und die Erfahrung lehrt, daß die Stücklöhne für dieselbe Ware in den einzelnen Betrieben ganz verschieden sind. Will man nur mehr Rücksicht auf die Bedürfnisse des einzelnen Betriebes oder der Branche, dann

beutet sie gleichzeitig dank ihres wirtschaftlich ausschlaggebenden Einflusses und ihrer beherrschenden wirtschaftlichen Stellung die Allgemeinheit — den Konsumenten — aus. Mit Hilfe von Zöllen und Monopolrechten, mit Hilfe von Syndikaten und Kartellen diktiert sie den Preis. Auf Rechnung der Allgemeinheit „sozialisiert“ sie ihr Risiko und wälzt Verlust und Schäden auf sie ab. Ihre Produktionsverbilligung durch Beschäftigung und Ausschaltung unrentabler Betriebe, durch Mehrbelastung und Mehrleistung der Arbeitnehmerschaft, kommt so nur noch der eigenen Versorgung, der Steigerung des Profits und Erhöhung der kapitalistischen Rente zugute. Ihre Praxis hat mit dem propagierten „sozialen Dienst“ des Kapitalismus nichts mehr zu tun, sondern ist nur mehr Dienst am eigenen „Ich“.

Sanner mehr verleugnet so der moderne Wirtschaftskapitalismus in seiner Praxis die Theorie von der Wohlstandssteigerung der Allgemeinheit und von der Aufstiegchance des Einzelnen. An die Stelle des Gemeinwohls hat er den Eigennuß, an die Stelle des Gesamtinteresses das Privileg der Begünstigten gesetzt und seine wirtschaftlichen und sozialen Versprechungen zur Lüge gestempelt. Wie er durch seine wirtschaftliche Erfahrung vom Prinzip der kapitalistischen Wirtschaftsfreiheit abgewichen ist, so hat er durch seine Entschlossenheit auch das Prinzip vom Segen dieser kapitalistischen Wirtschaftsfreiheit für alle Beteiligten widerlegt.

Damit aber hat der moderne Wirtschaftskapitalismus sich selbst das Urteil gesprochen.

märe es doch möglich, durch Verkleinerung der Tarifgebiete zu dem gewünschten Ziel zu kommen. Unseres Wissens sind es jedoch die Arbeitgeberverbände die immer danach gestrebt haben, die Tarifgebiete zu vergrößern. So versuchte z. B. bei der Aussparung in der rheinischen Textilindustrie im Jahre 1928 der Arbeitgeberverband, das selbständige Tarifgebiet Biersen mit in den Gladbacher Tarif einzugliedern. Auch sind ja die früher selbständigen Gebiete Düren und Eschirchen zu einem einheitlichen Tarifvertrag verschmolzen.

In anderen größeren Tarifgebieten wehren sich die Arbeitgeberverbände mit aller Macht dagegen, daß für die einzelnen Branchen Verträge abgeschlossen werden. Sie wollen nach wie vor in einem einheitlichen Bezirkstarif die Löhne für alle Branchen regeln.

Wäre man der Forderung unseres Verbandes nach Schaffung von Branchenverträgen gefolgt, dann wäre die Möglichkeit, die Bedürfnisse der einzelnen Branchen besonders zu berücksichtigen, schon seit Jahren gegeben.

Es muß eigentlich überraschen, daß die Arbeitgeber bisher noch keine Gelegenheit genommen haben, die bestehenden Schwierigkeiten und auch ihre Wünsche mit den Gewerkschaften zu besprechen. Das läge doch sehr nahe. Statt dessen werden die Öffentlichkeit und die Regierungsstellen bestürzt, unser Tarifwesen zu ändern.

Nimmt man aus den Tarifverträgen jedoch die Unabdingbarkeit heraus, dann ist das Kernstück der Tarifverträge zerstört. In Tarifverträgen, die die Möglichkeit untertariflicher Bezahlung geben, kann die Arbeiterschaft kein Interesse mehr haben.

Würde die Forderung der Arbeitgeber nach Auflockerung der Tarifverträge erfüllt, so würde das einer Zerstückelung des Tarifwesens gleichkommen. Damit wäre aber der Lohnwillkür Tür und Tor geöffnet.

Es geht nicht an, daß man in Zeiten guter Konjunktur die Gewerkschaften mit Hilfe der übernommenen Friedenspflicht zur Durchführung der Tarifverträge zwingt, wenn man in Krisenzeiten nicht auch die Unternehmer an diese Tarifverträge bindet. Eine Freigabe der Löhne oder eines Teiles derselben aus der tariflichen Bindung würde zweifellos dem mit allen Mitteln wühlenden Radikalismus, auch innerhalb der Arbeiterschaft, neues Wasser auf die Mühlen leiten. Bisher hat die Arbeiterschaft dank der Geltung der Gewerkschaften auch in dieser Krisenzeit Ruhe und Besonnenheit bewahrt. Entzieht man jedoch die Regelung der Lohnverhältnisse dem Einfluß der Gewerkschaften, dann besteht die größte Gefahr, daß auch die Gewerkschaften ihren Einfluß auf die Arbeiterschaft verlieren und die Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen ablehnen müssen. Die Regierung mag sich dieses wohl überlegen, ehe sie den Wünschen der Arbeitgeber nachkommt.

J. B.

Hilfe in der Not

In den Zeiten der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist für die Arbeitnehmerschaft eine Sicherung der Existenz für die Wechselfälle des täglichen Lebens von erhöhter Bedeutung. Besonders gilt das für die täglich drohende Gefahr, durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit betroffen zu werden. Oft reicht das Krankengeld oder die unzureichende Arbeitslosenunterstützung dann nur für die Deckung des äußersten Lebensbedarfs in einer Zeit, da erhöhte Ausgaben eintreten und die Sorgen des täglichen Lebens sich doppelt hart geltend machen. Unter solchen Umständen gewinnt das gewerkschaftliche Unterstützungswesen besonders an Wert und bedeutet oft für die Betroffenen Befreiung von schweren wirtschaftlichen Sorgen und Bewahrung vor äußerster wirtschaftlicher Not. Betrachtet man unter diesem Gesichtspunkt die Unterstützungsleistungen der Gewerkschaftsverbände, so erkennt man, wie bedeutsam diese Unterstützungsleistungen der Gewerkschaften in der Gegenwart für die Arbeiterschaft sind. So hat unser Verband nach dem vorliegenden Geschäftsbericht im Jahre 1930 in 11 812 Fällen insgesamt 201 247,05 Mk. Krankenunterstützung und in 11 848 Fällen nicht weniger als 267 626,25 Mk. Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Gegenüber dem Vorjahr betrug der Mehrbetrag dieser beiden Unterstützungen annähernd 100 000,— Mk. Daneben gewährte der Verband an die Hinterbliebenen in 413 Fällen 20 117,50 Mk. als Sterbeunterstützung. In 5759 Fällen zahlte die Hauptkasse zu Weihnachten 1930 an aus-gestorbene Verbandsmittelglieder als Sonderunterstützung die Summe von 97 200,— Mk. Die gesamte von der Hauptkasse ausgezahlte Unterstützungssumme betrug 639 224,35 Mk. Damit haben insgesamt 41,5 Prozent der Mitglieder im Jahre 1930 Verbandunterstützung bezogen.

Kampf um die sittliche Erneuerung der Wirtschaft

Mitbestimmung und Mitbesitz der Arbeiterschaft im Wirtschaftsleben unter gleichzeitiger Mitverantwortung ist eines der Hauptziele unserer christlichen Gewerkschaften. Mitbestimmung, Mitbesitz im Wirtschaftsleben können aber auch in der Jetztzeit nicht von heute auf morgen durchgeführt werden. Stets müssen dafür größere Kämpfe geführt werden. Kämpfe, die wir führen aus unserer Weltanschauung heraus gegen das antisoziale Privateigentum und das seelenlose Wirtschaftssystem. Den Kampf, den wir als christliche Gewerkschaften führen, gilt den Auswüchsen und der Profitgier in unserem heutigen Wirtschaftssystem. Die Profitwirtschaft und Erwerbssücht in Wirtschaftsleben, die alle Schwächen von Verantwortung und Gerechtigkeit durchbrechen, sind nicht mehr mit einer gesunden kapitalistischen Wirtschaftsordnung in Einklang zu bringen. Eine gerechte Wirtschaft verstehen wir so, daß der Mensch im Mittelpunkt alles wirtschaftlichen Geschehens steht. Wo alles wirtschaftliche Geschehen nur Selbstzweck und Eigennutz ist, ohne auf die Belange der Mitmenschen Rücksicht zu nehmen, ist das Wirtschaftsleben nicht mehr sittliche Pflichterfüllung. Wenn im Wirtschaftsleben, und so ist es heute zum großen Teil in Deutschland, nur der Gewinn Mittelpunkt ist und die Arbeitskraft als gänzlich unbedeutender Faktor betrachtet wird, der täglich neu gekauft werden kann, finden christliche Grundsätze keine Beachtung. Durch die Ausschaltung christlicher Grundsätze aus dem Wirtschaftsleben ist der mammonistische Geist und die Erwerbssücht ins Maßlose gesteigert worden.

Nach unserer christlichen Weltanschauung ist es unsittlich, wenn eine geringe Profitgruppe in Ueberfluß lebt, während ein großer Teil des Volkes durch die Profitgier der Wirtschaftsmächte dorthin muß. Nach unserer christlichen Soziallehre hat jeder Mensch ein Recht, an den wirtschaftlichen Gütern teilzunehmen. Als christliche Menschen bejahen wir aus christlichen Grundsätzen herleitend das Privateigentum. Eigentum aber verpflichtet und wird seine Verpflichtungen nur dann erfüllen, wenn es zum Segen des Gemeinwohls beiträgt. Das Gesamtwohl des deutschen Volkes muß der Wirtschaft höchstes Ziel sein. Die Voraussetzung zu diesem Ziel ist die Zusammenarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Forderung zu einer gemeinschaftlichen Zusammenarbeit ist immer von den christlichen Gewerkschaften in den Verhandlungen gefordert worden. Voraussetzung dafür ist, daß die Arbeiterschaft sich als gleichberechtigter Faktor im Wirtschaftsleben eingliedert. Deshalb unser Kampf gegen das Alleinherrscherum der Arbeitgeber mit seinen antisozialen und ungerechten Auswirkungen.

Und wie führen wir diesen Kampf? Durch Reden und Beschlüsse auf Konferenzen und Tagungen ist nichts erreicht, die Tat allein kann uns den Ziele näher führen. Auch der Ruf nach Staatshilfe bringt uns nicht weiter. Der Staat als solcher kann mitgestalten, Vorbedingung aber ist, daß zuerst die eigenen Kräfte genutzt werden. Seit sozialer und kultureller Aufstieg der Arbeiterschaft wäre gekommen, wenn man alles Spiel dem Staate erwartet hätte. Die Selbsthilfe, die gegenseitige Unterstützung, wo persönliche und materielle Opfer gebracht werden, gab uns die Kraft, erprobte und gegenwärtige Gewerkschaftsarbeit zu leisten. So haben die christlichen Gewerkschaften seit ihrer Gründung den genossenschaftlichen Zusammenschluß in Konsum- und Berufsvereinigungen usw. gefördert und zur Entfaltung gebracht. In den Genossenschaften ist die Grundlage einer Wirtschaft gegeben, wie sie der christlichen Soziallehre zu Grunde liegt. Die wirtschaftliche Tätigkeit unserer Konsumgenossenschaften hat das Ziel, das Gemeinwohl des Volkes zu fördern. Die von uns gegründeten Genossenschaften sind keine Unternehmungen, wo einzelne Personen oder Schichten um des eigenen Profits willen ihre wirtschaftliche Tätigkeit ausüben. Das ist der große sittliche und sozialpolitische Wert der Genossenschaftsbewegung, der erstanden aus eigener Kraft und aus dem Willen, wirtschaftlich den ganzen Ertrag den eigenen Mitgliedern zuzuführen. Der starke wirtschaftliche Rückhalt der Genossenschaftsbewegung, den gewerkschaftlich kämpfenden Arbeitern in jeder Lebenslage beizubringen, die Befreiung vom Bots- und Abzahlungssystem, der Schutz vor übertriebener Preissteigerung und des Ziel, gute Ware zu liefern, erwirken die allmähliche Erziehung einer rationalen Orientierung des Konsums. Das alles sind Leistungen, die den sittlichen und sozialen Wert der Genossenschaftsbewegung kennzeichnen. Für einen Gewerkschaftler, der mit aller Kraft seine Persönlichkeit einsetzt für die Erreichung unserer gewerkschaftlichen Ziele, muß es deshalb eine Selbstverständlichkeit sein, auch auf genossenschaftlichem Gebiete seine Pflicht und Schuldigkeit zu erfüllen. Die Erziehung des antisozialen Unternehmertums zum sittlichen und sozialen Dienst am Volke ist praktisch erreichbar durch Unterstützung unserer eigenen Unternehmungen. Durch den Zusammenschluß der Verbraucher wird eine

Der falsche Weg

Lohnabbau rettet die Wirtschaft nicht!

Seit Jahr und Tag wird von der Industrie die Forderung nach immer weiterem Abbau der Löhne erhoben. Obschon in der Zwischenzeit verschiedentlich erhebliche Abstriche am Tariflohn gemacht wurden und außerdem auch die Akkordlöhne gewaltig beschnitten wurden, ist die Forderung nach weiterem Lohnabbau nicht verstummt. Im Gegenteil! Gerade in jüngster Zeit wird wieder sehr stark dem Lohnabbau das Wort geredet. Die Forderung, die man aufgestellt hat, heißt: Frei von allen Lohnpolitischen Fesseln. Man kämpft für die Aufhebung der Verbindlichkeit von Tarifverträgen und hofft dann die Möglichkeit zu besitzen, die geltenden Tariflöhne nach Belieben kürzen zu können.

Auf der anderen Seite sehen wir, wie der Handel stöhnt und jammert über die zu geringe Kaufkraft der Massen. Das Bedürfnis nach Waren ist riesengroß, aber die Befriedigung dieses Bedürfnisses ist großen Volkskreisen nicht möglich, weil die Mittel hierzu fehlen.

Der wiederholte Lohnabbau hat die Kaufkraft weiter Schichten der Bevölkerung so geschwächt, daß es nur noch zum Allernotwendigsten reicht.

Einschränken und immer wieder aufs neue einschränken ist die Parole.

Daß zwischen der Forderung der Industrie und dem Gejammer des Handels ein ursächlicher Zusammenhang besteht, scheint den „Industriekapitalisten“ noch nicht aufgegangen zu sein. Obschon ein Kind in der Lage ist, diese Zusammenhänge zu begreifen, sind dieselben für die Industrie anscheinend nicht da. Oder aber, sie werden als belanglos hingestellt. Die Industrie kümmert sich nicht darum, ob es möglich ist, ihre Produkte an den Verbraucher zu bringen. Sie sticht nur auf die „staatlichen Lohnpolitischen Fesseln“. Ihr kommt es nur darauf an, vollkommene Freiheit zu erlangen und weiter zu können.

Dieses freie Schalten und Walten fordert die Industrie aber immer nur gegenüber den Arbeitern, während sie sich selbst nach der wirtschaftlichen Seite hin immer mehr einschränkt. Die Forderung nach weiterer Lohnpolitischer Freiheit entspringt dem alten „Herrn-im-Haus-Geist“ der Arbeitgeber. Man hat trotz der gewaltigen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte absolut nichts dazu gelernt und glaubt, mit den primitiven Mitteln früherer Jahrhunderte die Arbeiterschaft auch heute noch an ihrem Aufstieg hindern zu können.

Die Erwartungen, die man in Kreisen der Industrie an eine Herabsetzung der Löhne geknüpft hat, sind nicht eingetroffen. Wohl aber das Gegenteil. Während man glaubte, durch Lohnsenkung eine wesentliche Preisniveauminderung herbeiführen zu können, ist das Preisniveau nur geringfügig gesunken. Die Löhne dagegen hat man erheblich abgebaut. Das Heer der Arbeitslosen, das man glaubte durch die Lohnsenkung verringern zu können, ist nicht kleiner, sondern größer geworden.

So hat sich der Lohnabbaurummel durchaus nicht als „Retter in der Not“ bewiesen. Er hat vielmehr nur Krisenverschärfend gewirkt.

Angesichts dieser unbestreitbaren Tatsachen sollte man annehmen, daß nun doch auch die Industrie selbst von weiteren Lohnabbauwünschen abrücken würde. Aber weit gefehlt. Nach wie vor erhebt man die Forderung nach weiterer Lohnkürzung. Man strebt eine „Lockerung der tarifvertraglichen Bindungen“ an. Hat man diese erreicht, dann ist man am Ziel. Dann kann man die Verteilung des Arbeitsertrages nach dem Rezept jenes hiesigen Hochschulpromotors Karl Schreiber vornehmen, der vor kurzem in der Zeitschrift „Technik und Kultur“ schrieb: „Der Nur-Muskelarbeiter hat auf Grund seiner Muskelarbeit nur Anspruch auf eine Lebenshaltung, wie die ersten Menschen auf der Erde überhaupt, also vielleicht der Neandertalmensch, sie bezahen. Das, um was seine jetzige Lebenshaltung besser ist, verdankt er ausschließlich der Gutmütigkeit der Geistesarbeiter, die ihm vom Ertrag ihrer Geistesarbeit freiwillig abgeben.“ — Es hat den Anschein, als ob auch in der Industrie mit derartigen Gedankengängen durchaus sympathisiert wird. Das ständige Drängen auf weiteren Lohnabbau liegt auf derselben Linie.

Die Erfahrungen der Vergangenheit sollten der Industrie gezeigt haben, daß es nicht nur im Interesse der Arbeiterschaft, sondern in gleichem Maße auch in ihrem eigenen Interesse liegt, von weiteren Lohnkürzungen abzusehen. Ohne eine kaufkräftige Abnehmerschaft der Industrieprodukte wird es nicht möglich sein, die Krise zu überwinden.

Deshalb:
Säube weg von Maßnahmen, die zu weiteren Lohnkürzungen führen!

wirtschaftliche Macht entfaltet, die auch die allgemeine Lohnpolitik weitgehend beeinflusst. Der Reallohn, die Kaufkraft des Geldes, zu erhöhen, ist das lohnpolitische Ziel der Gewerkschaftsbewegung. Jeder Gewerkschaftler wird es erfahren haben, daß in unsern eigenen Unternehmungen die Preise bei gleicher Qualität niedriger sind als in anderen wirtschaftlichen Unternehmungen. Die Bedarfsdeckung in den Konsumgenossenschaften steigert daher die Kaufkraft ganz bedeutend. Wodurch wird diese Steigerung der Kaufkraft nun erreicht? Das Profitstreben und die Erwerbssücht, möglichst hohe Gewinne zu erstreben, wird in der Genossenschaftsbewegung gänzlich ausgeschaltet, der erzielte Reingewinn wird dem Konsumenten nach dem getätigten Umfasse zurückvergütet. Für uns als christliche Arbeiter gibt es so nur ein Ziel: Unsere gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bestrebungen nach besten Kräften zu unterstützen, um die antisoziale Einstellung des gegenwärtigen Wirtschaftssystems zu brechen.
Jakob Siron.

Lohn und Not in Mitteldeutschland

(Schluß)

Diese überlange Arbeitszeit geht auch für die Frauen. Bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts betrug die tägliche Arbeitszeit durchschnittlich 16 Stunden.

Die Arbeit der Kinder ist sehr verbreitet. In den Spinnereien wurden selbst Kinder von sechs und sieben Jahren beschäftigt. Der Arbeitslohn betrug auch für diese 13, zuweilen auch 15 Stunden. Ein von Frankreich 1840 in das süddeutsche Industriegebiet zur Verchristlichung beauftragter Delegierter sprach in einem Bericht an sein Vorgesetztes u. a.:

„In den größeren Etablissements zu Chemnitz kommen die Kinder des Sommers um 6 Uhr, um 8 Uhr wird ihnen eine halbe Stunde, die zum Frühstück, gegeben, des Mittags eine Stunde zum Essen und um 1 Uhr Bewegung zu schaffen, dann beginnt die Arbeit wieder bis 6 Uhr des Sommers und bis 4 Uhr oder 4.30 Uhr des Winters. Nun geht es in die Schule, welche bis 8 Uhr dauert. Auf 100 Arbeiter, welche ich beim Kontrollieren in einer Fabrik beschäftigt sah, zählte man 200 Kinder. Die für daselbst Haus beschäftigten zahlreicheren Weber arbeiten außerhalb Chemnitz in ihren eigenen Wohnungen.“

Bei der Beherei, ebenso wie bei der Cirampfischerei, dem Spinnweberei, mit einem Worte bei allen häuslichen industriellen Beschäftigungen, welche unter nicht laborpolitischen Umständen zu stellen sind, arbeiten die Kinder von ganzem Alter an ebenso lange als ihre Eltern, und man muß gerade sein, zu behaupten, daß hier in all-gemeiner Sittlichkeit die Forderung der hohen Verantwortung liegt. Bei all dem gut aber die jämmerliche und ungenügende Nahrung, die kann die Mägen deducende Kleidung, kurz das ganze Gemah des Glucks dieser herumschweifenden Bevölkerung ein lebendes Ansehen, welches das Herz ergreift.“

Trotz der so ungewöhnlich frühen Ausübung der Männer, Frauen und Kinder war die Ernährung und Kleidung derselben keineswegs in genügender Weise sichergestellt. Immer wieder ist in antiken und

authentischen geschichtlichen Ueberlieferungen die Rede von der mangelhaften Lebenshaltung der Familien. Der schon erwähnte französische Delegierte sagt in seinem Bericht dazu u. a.:

„Wir durch Überlegung einer unglücklichen Waise, von Arbeit erlangen diese Leute die Mittel, sich ärmlich zu kleiden und einige Notopfer zu leisten.“

Ein Geschichtsschreiber sagt darüber:

„Glend und Not herrschen vor allem da, wo die Frau in Folge der großen Zahl der kleinen Kinder zu Hause bleiben muß. Dann verkommen die Klagen der Weber oder zugewandenen Bedienten usw. Mit dem Verdienste eines Erwerbers allein konnte auch Anfang der 90er Jahre kein Weber den Lebensunterhalt für sich und eine vier- bis sechsköpfige Familie bestreiten. Entbehrungen aller Art mußte sich die Familie aufzulegen, oft kam lange Zeit kein Fleisch auf den Tisch, an beladene Gemüße, wie Bier usw. war nicht zu denken. Die Kleidung konnte nicht ersetzt werden, und Hausrat und Mobiliar verkommen. Die noch immer anhaltende Zuwanderung aus der hausindustriellen Beherei sorgte für ein übermäßiges Arbeitsangebot und drückte auf die Löhne.“

Einer anderen Ueberlieferung entnehmen wir folgende Auslassung:

„Seitdem eben zu Anfang des 19. Jahrhunderts die Weberarbeit im P... so anhaltend herabstank, konnte sich der Hausweber keine genügenden Wärme und Energie ergebenden Heizungsmittel, wie Fleisch usw. kaufen. Und wenn auch früher die Fleischnahrung in der Oberlausitz nie sehr hoch gewesen sein wird, so hörte sie jetzt fast ganz auf. In der Hausweber, so wird von älteren Leuten berichtet, mußte sich stets sagen: so und so viel Brot darf die Familie in einer Woche essen, so und so viel Butter, vielleicht einen Hering, und nicht mehr, sonst kommen wir nicht aus.“

Nach 1907 waren die Löhne stellenweise sehr gering. In einer weichen Beherei verdienten bei voller Beschäftigung während des ganzen Jahres

81 Weber	671,15 Mark
119 Weberinnen	602,15 Mark
200 Arbeiter durchschnittl.	632,50 Mark

Selbst wenn die höhere Kaufkraft der damaligen Waise berücksichtigt wird, ist inschwerer zu erkennen, daß mit diesen Löhnen, die nicht einmal an den Durchschnittslohn der heute gezahlten Arbeitslosenunterstützung heran-kommen, die Not nicht ferngehalten werden konnte.

Eine wesentliche Besserung wurde durch die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter erreicht. Trotz der augenblicklichen großen Not sind durch die Selbsthilfe große Fortschritte gemacht worden. Das darf gerade in dieser Zeit nicht verkannt werden. Und wenn die Arbeitnehmer alle den Wert einer geschlossenen gewerkschaftlichen Front erkennen würden, dann würde Not und Glend vielerorts wirksamer begegnet werden können, als es heute der Fall ist. Wobei offen ein-gestanden werden muß, daß es Zeiten geben kann, wo weder die beste und stärkste Gewerkschaft noch die sozialste Regierung jede Not fernzuhalten in der Lage ist.

Es war einer der Unseren

Schwer trafte die Regen auf Straßenpflaster. Auf dem Verbandsbüro war für einige Zeit Ruhe, denn kein Mensch wagte, sich durch das Unwetter zu bewegen.

Da plötzlich klopfte es. Ein junger Mann, etwa 23 Jahre alt, trat herein. Sein Anzug war sehr verfilzt, doch alles war sauber geputzt. Schöne Frau er keine, nur ein paar Leinen-pantoffel dienten ihm als Fußbekleidung. Die ganze Kleidung war in einem Zustand, wie man sie heute kaum noch sieht.

Er stand ganz allein auf der Welt. Eltern und Geschwister waren längst tot. „Brot ist meine Wohlstandsunterstützung“, sagte er. Durch ganz Deutschland war er getrieben, um Arbeit zu finden. Doch vergeblich. Nun kam er zum Verbandsbüro, um ein kleines Notopfer zu erhalten.

Verbandsbuch, Personalakten und Invalidentarte legte er vor. Alles stimmte. Eine Unterstützung wurde ihm gegeben. Hell leuchteten seine Augen vor Freude. An den Haustüren an-zuklopfen, wagte er nicht. Von seiner Wohlstandsunterstützung und von dem, was seine Standsbrüder ihm geben, wollte er sich in dieser Notzeit durchhalten, von der Hoffnung getrieben und eifrig bemüht, bald wieder Arbeit zu finden.

Alle fühlten wir die Not dieses Kollegen mit. Trau er auch einen schen an seinen Anfang und ein menschenunwürdiges Kugeln, er war trotzdem unser Standsbrüder, es war unser Kollege!
Jakob Siron.

Lohnabbau und Zwangsparkasse!

Neue Methoden zur „Sanierung der Wirtschaft“.

Wir veröffentlichen in der letzten Nummer unserer Zeitung einen Bericht über die bei der Wiesener A.-G. für Spinneret und Weberei erfolgten Lohnneinbehaltungen zum Zwecke der zwangsweisen Kapitalbeschaffung aus den Löhnen der Arbeiterchaft.

Die Flachspinnerei in Uffersdorf ist ein Unternehmen, das zu Zeiten guten Geschäftsganges an die 800 Leute beschäftigte. Seit Jahren leidet dieses Unternehmen an Geldschwierigkeiten.

Diese Methode kann in keiner Weise gebilligt werden, weil sie nicht auf einer freien Willensbestimmung des einzelnen beruht. Es ist vom Standpunkt des Menschen, der das Gespenst der Arbeitslosigkeit seit Jahren um sich herumstreifen sieht, verständlich, wenn er sich schließlich lieber solchen Methoden unterwirft, als noch weiter der Fürsorge, ja vielleicht sogar der Wohlfahrt zur Last zu fallen.

Endlich muß befürchtet werden, daß später bei einer weiteren Verschlechterung der Finanzlage des Unternehmens auch ein weiterer Appetit mit dem Essen kommt.

Plünderer bei Brandkatastrophen

Wie es bei großen Brandkatastrophen und sonstigen Schicksalsschlägen Menschen gibt, die gerade dann die Not der Betroffenen auszunutzen suchen, so gibt es auch heute Leute, die die schicksalsschweren Stunden des deutschen Volkes zu ihrem Geschäft ausnutzen.

In der jetzigen Krisenatmosphäre müht ja geradezu die Kritikfucht und Heißluft radikaler Elemente mit demagogischer Absicht nach dem Erfolge der Gewerkschaften abzutun. Andererseits malt man kleine Fehler und Unvollkommenheiten, die jeder Organisation naturnotwendig anhaften müssen, weil sie von Menschen errichtet ist, tief schwarz.

Aber nichts wäre auch schlimmer, als jetzt in der drängenden Zeit sich in Schlagworten und radikalem Tun zu verlieren. Das Schlagwort: „Die Arbeiterchaft hat nichts zu verlieren als nur ihre Ketten“, ist nicht mehr wahr.

Wir können in Wahrheit noch viel verlieren. Die scharfmacherischen Kreise fordern ja täglich, das Tarif- und Schlichtungswesen zu befeitigen, um den Liberalismus in Reinkultur wieder aufleben zu lassen.

Gott sei Dank ist der Verband auch jetzt noch bei der höchsten Wirtschaftslage ein mitgestaltender Faktor im wirtschaftlichen und sozialen Leben. Die Gewerkschaften sind durch das Tarifvertragsrecht Gesetzgeber geworden. Trotz des Ueberangebots von Arbeitskräften sind die Arbeitgeber verpflichtet, den Tarifvertrag einzuhalten.

Was sich die Arbeiterschaft

alles gefallen lassen muß

Bei der Kollnauer Baumwollspinn- und Weberei (Baden) ist der Betrieb auch rationalisiert worden. Die Kosten der Rationalisierung hatte selbstverständlich die Arbeiterschaft zu tragen. Die Weber mußten im Automatenkaal 15-20 breite Stühle bedienen (vorher 12 Stühle).

Im Laufe der letzten zwei Jahre wurden die Akkordlöhne 20-25 Prozent gekürzt. Ueber 100 Arbeiterinnen und Arbeiter wurden entlassen. Wenn die Firma einen Auftrag hatte, wurden die Weberinnen und Weber nach Belieben wieder geholt, um in den nächsten paar Wochen wieder erneut auf die Straße zu fliegen.

Vertrauensleute-Konferenz des Abtals zur Stilllegung der Betriebe Neurod und Frauenalb

Außergewöhnliche Verhältnisse hatten die Leitung unseres Verbandes veranlaßt, die Vertrauensleute oben genannter Betriebe auf Sonntag, den 9. August, zu einer Konferenz in das „Hotel Neurod“ einzuberufen.

Um 3 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Geschäftsführer Engelmann, die außerordentlich stark besuchte Konferenz. Der zahlreiche Besuch sei ein Beweis dafür, daß die christliche Textilarbeiterchaft auch in den heutigen Notzeiten das Vertrauen zu der Gewerkschaftsführung nicht verloren habe.

Auf seinen Vortrag übergehend, zeichnete der Kollege Engelmann ein Bild der heutigen Wirtschaftslage. Ausgehend von den Zusammenbrüchen bei der Industrie und Finanzwelt, die durch die Kamen Nordwolle und Danatbank bezw. die Herren Rahusen und Goldschmidt gekennzeichnet seien, machte er darauf aufmerksam, daß das Reich den Bankinstituten Millionenzuschüsse gegeben bezw. die Garantie übernommen habe.

Als zweiter Redner nahm der Betriebsratsvorsitzende Reiser von der Spinn- und Weberei Neurod das Wort. In klaren Ausführungen entrollte der Redner ein Bild von der Entwicklung der Verhältnisse im Betrieb Neurod seit dem Jahre 1926.

lassen werden. Die Firma machte den Vorschlag: Wenn die Weber auf die Vergütung vom vierten Stuhl verzichten, sollen keine Entlassungen vorgenommen werden.

Gämtliche 4-Stuhlweber werden nach dem im bisherigen Tarif aufgeführten Lohnsatz weiter entlohnt. Jedoch erfolgt für die Zeit bis zum 31. August 1930 eine Vergütung des vierten Stuhls nicht mehr.

Die Firma verpflichtet sich andererseits, nachdem die Weber dieses Opfer bringen, Entlassungen nicht vorzunehmen und sieht von der Stilllegungsanzeige ab.

Diese Vereinbarung wurde schließlich um 14 Tage verlängert. Da aber die Firma trotzdem wiederholt Arbeiter ohne Zustimmung des Betriebsrats entließ, konnte der Betriebsrat einer zweiten Verlängerung nicht mehr zustimmen.

Die Firma vertritt keine leichte Arbeit hat, kann jedem einleuchten. Wenn in der Kollnauer Baumwollspinn- und Weberei eine Besserung eintreten soll, muß die Arbeiterschaft bei der nächsten Betriebsratswahl besser auf der Hut sein und die Stimmen nur noch dem christlichen Textilarbeiterverband geben.

sich die Verhältnisse vom Jahre 1926 nicht wiederholen. Zum Schluß forderte der Redner die anwesenden Kollegen auf, auch heute treu zu unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung zu stehen und auch die Kollegen im Verein in dieser Beziehung restlos aufzuklären.

In der Diskussion streifte der Kollege Becker, Busenbach, die derzeitigen Zusammenhänge des Betriebes und der Arbeiterschaft der Spinnerei Eittingen mit dem Betrieb Neurod und betonte, daß auch vom Standpunkt der Arbeiterschaft der Spinnerei und Weberei Eittingen aus eine Stilllegung sehr zu bedauern wäre.

In seinem Schlußwort betonte der Kollege Engelmann nochmals die Bedeutung einer Stilllegung und der Stilllegungsverhandlungen. Er verspreche sich von diesen Verhandlungen nicht viel, denn die geschehenen Hemmungen seien nicht nebensächlich. Man möge auch den Einfluß der Gewerkschaften, des Betriebsrats und der Behörden nicht unterschätzen.

Nach kurzen Dankworten an die Anwesenden und mit dem Wunsche, daß wir auch diese Zeiten überwinden werden, schloß der Vorsitzende um 6 Uhr die Konferenz.



